

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schnurr,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Jokerst,
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung;
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Bühler Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herrn,

unsere Zeit ist mehr denn je geprägt von neuen Chancen und Risiken und den damit einhergehenden Herausforderungen, denen wir uns – auch auf kommunaler Ebene – stellen müssen. Diese Veränderungsprozesse beschleunigen sich stetig und die Zeit, um zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, verkürzt sich damit. Diese Veränderungen erzeugen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Verunsicherungen und Ängste, die wir sehr ernst nehmen müssen, um unser demokratisches System nicht zu gefährden.

Für mich ist die Forderung nach „**kein weiter so wie bisher**“ das Motto des Jahres 2020. Es ist ein Appell, den Mut zu Veränderungen aufzubringen und nicht einfach Altbewährtes fortzuschreiben. Das gilt auch für die Arbeit des Gemeinderats. Auch wenn es unbequem ist, Gewohntes in Frage zu stellen, Wertmaßstäbe anzupassen und neue Lösungen für neue Herausforderungen zu suchen, sollten wir den Mut zu Veränderungen aufbringen. Dazu sind wir unseren Nachkommen und der Natur verpflichtet. Aber ganz wichtig ist auch, dass diese Prozesse von intensiver Bürgerbeteiligung begleitet werden.

Im ersten Teil meiner Rede möchte ich deshalb zunächst auf einige gesamtgesellschaftliche Herausforderungen eingehen, die auch für Bühl von großer Bedeutung sind.

Kein weiter so beim Klimaschutz

Das Jahr 2019 war, wie bereits die Jahre davor, durch Hitzerekorde, monatelange Trockenheit, lokale Unwetter, Waldbrände, Luftbelastungen in den Städten etc. geprägt.

Vor diesem Hintergrund hat der Bühler Gemeinderat am 10. Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen. In dessen Resolution wird postuliert:

„Die Stadt Bühl erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seinen schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Bühl wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglicher davon betroffenen Entscheidung berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidung prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.“

Aber außer der Planung einer Klimaschutzklausur des Gemeinderates Ende Januar und der Umbenennung des Wald-, Landwirtschaft- und Umwelt-Ausschusses in Klima und Umweltausschuss ist bisher leider nicht viel geschehen. Und auch unserem Oberbürgermeister war es das Thema nicht wert, in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes, Erwähnung zu finden.

Sicherlich ist eine koordinierte/integrierte Herangehensweise an das Thema Klimaschutz nötig. Aber wenn die Verwaltung von der GAL aufgefordert werden muss Finanzmitteln für den Klimaschutz im Haushaltsplan einzustellen, zeigt dies, dass die Brisanz des Themas noch nicht in der Verwaltung und bei deren Spitze angekommen ist.

Daher ist eine der zentralen Forderungen für eine notwendige Klimawende, den Sachbereich Klimaschutzmanagement als Stabstelle beim Oberbürgermeister oder Bürgermeister einzurichten. Dieser Sachbereich ist mit Fachpersonal so auszustatten, dass er die schwierige Aufgabe Klimaschutz als Querschnittsaufgabe zu etablieren gut leisten kann.

Um zukünftig die klimatischen Auswirkungen der Entscheidungen des Rates zu beurteilen, sind zukünftig bei allen Beschlussvorlagen die Auswirkungen auf das Klima, möglichst in Tonnen erzeugtes oder eingespartes CO₂ darzustellen, wie es heute schon für die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt geschieht.

Gestatten Sie mir nun auf einige Bereiche näher einzugehen, die bei einem ernsthaften Umgang mit dem Klimanotstand dringend angegangen werden müssen.

Kein weiter so bei der Energiewende

In Bühl sind gerade mal 1152 Dächer mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung ist jedoch eine zentrale Aufgabe zur Erreichung der Klimaschutzziele. Für Bühl bedeutet das, dass in den nächsten 10 Jahren die Zahl der Photovoltaikanlagen auf mindestens 5.000 steigen muss. Parallel hierzu ist sowohl der Ausbau des Nahwärmenetzes voran zu bringen, als auch die Standortsuche für neue regionale Windkraftanlagen. Es müssen potentielle Standorte für Windräder gesucht werden und nicht Gründe die Nutzung von Windenergie zu verhindern.

Energetisch sinnvolle Verfahren, wie das bidirektionale Kalt-Wärme-Netz für das Baugebiet Hofmatten, dürfen zukünftig nicht mehr wegen Schwedenöfen beerdigt werden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch eine alte Forderung der GAL wiederholen: Die Einführung eines Fifty-Fifty-Programms für die Bühler Schulen.

Kein weiter so bei der Mobilitätswende

Die Verkehrskonzeption der Stadt Bühl darf zukünftig nicht mehr automobil-fokussiert sein. Verkehrsarten mit geringerem CO₂-Austoß sind in den Mittelpunkt der Mobilität zu rücken. Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, wie z.B. kostenfreies Benutzen der Busse während des Zwetschgenfestes, sind hier ebenso voranzubringen, wie der weitere Ausbau der Radwege.

Die erwünschte Reduktion des Autoverkehrs in der Hauptstraße durch die Einführung einer Tempo 20 Regelung ist leider nicht eingetreten, wie wir uns das erhofft hatten. Daher ist zu überprüfen, ob die Ausweisung einer Fußgängerzone in der Hauptstraße zwischen den Kreiseln Rheinstrasse und Bahnhofstrasse die erwünschte Verkehrsberuhigung bringt. Jedoch ist hier von Anfang an darauf zu achten, dass dies nicht zu einer Verlagerung des Autoverkehrs auf Parallelstraßen, wie Grabenstraße/ Bühlertalstrasse bzw. Rheinstrasse und Friedrichstraße, führt.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Mobilitätswende ist die Parkraumbewirtschaftung. Ziel der in Auftrag gegebenen Parkplatzkonzeption muss die Vermeidung von Parkplatzsuchverkehren sein. Es ist in der heutigen Klimasituation, aber auch der wirtschaftlichen Situation der Stadt, nicht mehr nachzuvollziehen, dass Parkplätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Auch könnte die Einführung von Anwohnerparkplätzen für eine Entspannung sorgen.

Kein weiter so bei der Stadtplanung

In den folgenden Jahren kommt der Stadtplanung eine zentrale Bedeutung zu, weil hier bei der Flächennutzungsplanung die Festsetzungen für die Entwicklung der Bereiche Verkehr, Bebauung, Gewerbe, Versorgungsanlagen usw. getroffen werden.

Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung haben wir bereits auf den Weg gebracht, nämlich die Erweiterung des vorbereitenden Landschaftsplans um die sogenannte „Doppelte Innenentwicklung“. Das bedeutet, dass auch für die Siedlungsflächen Erhebungen und Planungen in den Bereichen Klima, Naturschutz und Landschaftspflege getroffen werden, die dann in den Flächennutzungsplan einfließen.

Für die Erstellung der noch ausstehenden Bebauungspläne wird die Einarbeitung von klimarelevanten Gesichtspunkten zentral sein, wie die Gebäudeausrichtung um solare Energienutzung zu optimieren, Festsetzungen zur Nutzung von regenerativen Energien, Minimierung der Flächenversiegelung durch Bauen in die Höhe, wasserdurchlässige Einfahrten, Vorgaben für Zisternen oder Regenwasserversickerungsanlagen usw.

Kein weiter so im Natur- und Landschaftsschutz

Hierzu nur eine kleine Einlassung, obwohl das Thema eigentlich viel wichtiger ist.

Es müssen auf der gesamten Gemarkung Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität ergriffen werden. Der Erhalt und die Schaffung von Lebensräumen für Wildpflanzen und Insekten im Außenbereich, aber vor allem auch in den Siedlungsflächen ist fundamental zur Erhaltung der

Artenvielfalt. Ein kleines Beispiel hierfür ist die Extensivierung der Unterhaltung von städtischen Grünflächen.

Das zweite wichtige Thema der Zeit ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Insbesondere Familien mit geringem Einkommen können sich heutzutage, auch hier in Bühl und seinen Ortsteilen, kaum noch Wohnraum leisten. Die Ausgaben für Mieten übersteigen oftmals die Hälfte des zur Verfügung stehenden Einkommens. Dies führt zwangsläufig zu sozialen Schieflagen und einer Hinwendung zu politischen Entscheidern, die einfache Antworten versprechen, die aber letztlich nur weiter in den sozialen Unfrieden führen.

Städtische Baugrundstücke für Geschosswohnungsbau dürfen daher nur noch an genossenschaftlich organisierte Bauträger veräußert werden, die eine sozialverträgliche Vermarktung zusichern.

Das begonnene Leerstandmanagement ist eine sehr gute Maßnahme, die auf jeden Fall weitergeführt werden sollte.

Ich darf nun zum dritten und letzten Schwerpunkt meiner Rede kommen.

Kein weiter so mit dem kommunalen Haushalt oder auch Ausrufung des Haushaltsnotstandes

Die Entwicklung der Stadtfinanzen mit dem neuerlichen starken Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen, bedingt durch die unsicheren Zukunftsaussichten der Automobilbranche, hat uns ganz deutlich vor Augen geführt, dass es hier nicht mehr damit getan ist den Gürtel für ein bis zwei Jahre enger zu schnallen, um dann wieder aus dem Vollen schöpfen zu können.

Ein Blick in den Haushaltsentwurf zeigt einige der systematischen Probleme:

Die ordentlichen Aufwendungen sind in den letzten 2 Jahren um 17% gestiegen und liegen für 2020 bei 91 Mio €. Für den gleichen Zeitraum reduzierten sich die ordentlichen Erträge um 17,5% auf 80,5 Mio €. Dies ergibt ein Defizit für das Jahr 2020 von ca. 10,5 Mio Euro. Und es ist, laut mittelfristiger Finanzplanung vorgesehen, dass sich dieses Defizit bei ca. 8 Mio Euro einpendelt.

8 Mio Euro „Miese“ jedes Jahr, da muss man kein Haushaltsexperte sein um zu erkennen wo die Reise hingeht.

Diese möge belegen, dass für das kommende Jahr und wahrscheinlich für weitere Jahre das Finanzproblem der Stadt nicht kleiner wird.

Das Zurückstellen von Ausgaben ist in dieser Situation nicht zielführend, denn die Situation wird in späteren Jahren nicht grundlegend anders, sprich besser sein. Aufgeschobene Ausgaben entlasten nur sehr kurzfristig, irgendwann muss man zahlen.

Es gibt sicherlich kein Patentrezept, wie die Finanzkrise am besten zu meistern ist, hier ist der Wille und der Sachverstand von uns allen und natürlich der Verwaltung vonnöten.

Aber klar ist, dass der Haushalt strukturell völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Die neuerlichen Einbrüche bei der Gewerbesteuer haben dieses Problem nur verdeutlicht und es früher in den Focus gerückt.

Zwei Beispiele dafür, was aus unserer Sicht zukünftig nicht mehr sein darf: a) der Trottenplatz in Eisental: 600.000 € Fördermittel hört sich zunächst sehr verlockend an, doch da bleiben immer noch 1,2 Mio € bei uns hängen, ohne denn zukünftig erhöhten Unterhaltungsaufwand, für

einen Platz, der noch in Ordnung war, und b) die großzügige Unterstützung der Turm- und Innenraum-Sanierung der Kirche St. Peter und Paul. Präsente in Höhe von über einer Viertel-Million € können wir uns nicht mehr leisten.

Wir schlagen vor, den Verwaltungsausschuss als Haushaltsstrukturausschuss zu beauftragen, innerhalb des nächsten $\frac{3}{4}$ Jahres Vorschläge auszuarbeiten, mit welchen strukturellen Maßnahmen die städtischen Finanzen wieder aus ihrer Schieflage auf stabile Beine gestellt werden kann.

Die Fraktion der GAL wird der Haushaltsatzung 2020 in dieser Form und diesem Umfang noch einmal zustimmen, einschließlich den einzelnen Wirtschaftsplänen.

In den nächsten Jahren werden wir jedoch nur noch zustimmen, wenn Lösungen für die angesprochen Themen deutlich sichtbar auf den Weg gebracht wurden. Sehen Sie diese Zustimmung, über die in der Fraktion lange diskutiert wurde, als „Zustimmung auf Bewährung“. Das „immer weiter so wie bisher“ und das Hoffen auf ein weiteres Füllhorn der Gewerbesteuer muss ein Ende haben. Nur harte strukturelle Änderungen werden uns auch für die Zukunft Handlungsspielräume eröffnen, ansonsten wird vielleicht in wenigen Jahren das Regierungspräsidium unser neuer Kämmerer sein.

Traditionell möchte ich mich an dieser Stelle für die gute Vorarbeit seitens des Fachbereichs Finanzen, stellvertretend bei ihrem neuen Leiter, Herrn Bauer, bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch bei der gesamten Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr und bei meinen

Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die konstruktive und weitestgehend sachorientierte Arbeit im Gemeinderat.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.